

547 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 17. Juni 1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll mit Wirkung vom 1. Juli 1971 die Familienbeihilfe im Sinne des § 8 Abs. 2 und 3 Familienlastenausgleichsgesetz 1967 (Kinderbeihilfe) um 20 Schilling pro Kind und Monat erhöht werden. Demnach wird in Hinkunft die Familienbeihilfe betragen für ein Kind S 240, für zwei Kinder S 540, für drei Kinder S 975, für vier Kinder S 1.305 und für jedes weitere Kind monatlich je S 360 mehr.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 22. Juni 1971 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 17. Juni 1971, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 22. Juni 1971

H a b r i n g e r
Berichterstatter

S e i d l
Obmann